

Endlich zumindest ein kostengünstiges Schülerticket

Dienstag, 4. September 2018

Ratsfrau Gisela Ohnesorge (DIE LINKE.), Redebeitrag zur Ratssitzung am 04.09.2018 unter TOP 6.3 .

Es gilt das gesprochene Wort.

Eine schwere Geburt und - will man im Bild bleiben - eine mehr als 7 Jahre dauernde Schwangerschaft. Und heute endlich das langersehnte Kind, ein Auftrag zur Erstellung eines kostengünstigen Schülertickets. Schülermonatskarten in Braunschweig sind bisher sehr teuer, fast 50 €;. In der Jugendkonferenz 2011 haben deshalb Jugendliche gefordert, ein kostenloses Ticket einzuführen.

Zu den Rahmenbedingungen und den Schwierigkeiten ist schon viel gesagt worden, das alles will ich nicht wiederholen. Ich möchte deshalb das Ganze einmal auf einer etwas grundsätzlicheren Ebene beleuchten.

Das Argument für ein solches Ticket ist klar und nicht von der Hand zu weisen:

Mobilität bedeutet auch am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, ist also ein wesentlicher Bestandteil von Bildung. Und für Schülerfahrkarten ist auch ein zweites Argument wichtig: Wer von Kind auf gewohnt ist, sich mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu bewegen, wird ein solches Angebot auch später eher nutzen.

Bei der Diskussion um kostenlose oder auch kostengünstige Fahrkarten aller für den ÖPNV wird von den Gegnern gerne der finanzielle Aspekt in den Vordergrund gestellt. So auch in der Diskussion um eine kostengünstige Fahrkarte für Schülerinnen und Schüler sowie Azubis hier in Braunschweig.

Klar, der ÖPNV ist defizitär und muss subventioniert werden, das kann niemand bestreiten.

Aber wie sieht das mit den Kosten beim Autoverkehr aus?

Der städtische Autoverkehr wird aus Steuergeldern finanziert, und zwar mitnichten nur aus der Kfz-Steuer. Diesen Aspekt machen sich die wenigsten klar.

Viele externe Kosten betreffen laut Verkehrsclub Deutschland teure Posten wie Feuerwehr, Polizei, Straßenbeleuchtung, Parkflächen: „Schon heute finanziert jeder Bürger indirekt den städtischen Autoverkehr mit durchschnittlich 150 Euro pro Jahr mit.“

Das heißt, bei der Entscheidung über eine kostengünstige oder kostenlose Schülerfahrkarte kommt man zu grundsätzlichen Fragestellungen:

Soll unsere Gesellschaft gerechter, sollen unsere Städte lebenswerter werden? Oder wollen wir, weil wir uns etwas anderes angeblich nicht leisten können, immer mehr Bevölkerungsgruppen und damit auch bestimmte Schüler ihrem Schicksal überlassen: Die Armen sollen zu Hause bleiben? Die Radfahrer besser aufpassen? Und wer die dicke Luft in der Stadt nicht verträgt, soll halt aufs Land ziehen?

Ein Umdenken muss nicht in der Zukunft, sondern genau jetzt stattfinden. Dies ist der beste Zeitpunkt, um in neue Modelle zu investieren. Mobilität zum Nulltarif – so meine Überzeugung - sollte ein Bürgerrecht sein wie Gesundheitsvorsorge und Bildung. Und genauso wie eine Gesellschaft von gesunden und klugen Bürgern profitiert, profitiert sie von Menschen, die kostenlos in den nächsten Bus einsteigen und zur Arbeit, ins Theater, oder wo auch immer hinfahren.

Und in diesem Sinne ist es an der Zeit, einen ersten - noch relativ kleinen - Schritt zu tun, nämlich den vorliegenden Antrag zu beschließen.

Klar, der ÖPNV ist defizitär und muss subventioniert werden, das kann niemand bestreiten. Aber wie sieht das mit den Kosten beim Autoverkehr aus? Der städtische Autoverkehr wird aus Steuergeldern finanziert, und zwar mitnichten nur aus der Kfz-Steuer. Diesen Aspekt machen sich die wenigsten klar. Viele externe Kosten betreffen laut Verkehrsclub Deutschland teure Posten wie Feuerwehr, Polizei, Straßenbeleuchtung, Parkflächen: „Schon heute finanziert jeder Bürger indirekt den städtischen Autoverkehr mit durchschnittlich 150 Euro pro Jahr mit.“ Das heißt, bei der Entscheidung über eine kostengünstige oder kostenlose Schülerfahrkarte kommt man zu grundsätzlichen Fragestellungen: Soll unsere Gesellschaft gerechter, sollen unsere Städte lebenswerter werden? Oder wollen wir, weil wir uns etwas anderes angeblich nicht leisten können, immer mehr Bevölkerungsgruppen und damit auch bestimmte Schüler ihrem Schicksal überlassen: Die Armen sollen zu Hause bleiben? Die Radfahrer besser aufpassen? Und wer die dicke Luft in der Stadt nicht verträgt, soll halt aufs Land ziehen? Ein Umdenken muss nicht in der Zukunft, sondern genau jetzt stattfinden. Dies ist der beste Zeitpunkt, um in neue Modelle zu investieren. Mobilität zum Nulltarif – so meine Überzeugung - sollte ein Bürgerrecht sein wie Gesundheitsvorsorge und Bildung. Und genauso wie eine Gesellschaft von gesunden und klugen Bürgern profitiert, profitiert sie von Menschen, die kostenlos in den nächsten Bus einsteigen und zur Arbeit, ins Theater, oder wo auch immer hinfahren. Und in diesem Sinne ist es an der Zeit, einen ersten - noch relativ kleinen - Schritt zu tun, nämlich den vorliegenden Antrag zu beschließen.

Wir, die LINKE, hätten gerne eine kostenlose Karte gehabt, so wie sie auch von der BiBS gefordert wird, aber die ist im Moment nicht mehrheitsfähig. Deshalb wollen wir gemeinsam mit SPD und Grünen einen ersten Schritt tun.

Aber diesen Schritt wollen wir nicht durch gleichzeitige Einsparungen im ÖPNV oder anderen Bereichen, welche die Verwaltung aussucht, finanzieren, wie die CDU es will. Wenn man Kompensation für die auf die Stadt zukommenden Kosten erreichen will, dann muss man auch mutig genug sein zu sagen, an welcher Stelle man einsparen will. Wir hätten da durchaus Ideen, aber ganz sicher weder im Bereich des ÖPNV noch im sozialen Bereich. Wir werden also den Antrag der CDU, der wie ein Erweiterungsantrag daherkommt, ablehnen. Er ist ein Änderungsantrag im wahrsten Sinne des Wortes, da er die Grundrichtung unseres Antrages verändert.